



**Abstimmung vom 17.5.2009**

## **Denkbar knappes Ja zum biometrischen Pass**

**Angenommen: Bundesbeschluss zur Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 über biometrische Pässe und Reisedokumente (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)**

Silas Schweizer

---

**Empfohlene Zitierweise:** Schweizer, Silas (2019): Denkbar knappes Ja zum biometrischen Pass. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch). Abgerufen am [Datum].

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Die Pläne der USA, nur noch Pässe mit elektronisch gespeicherten Fingerabdrücken und Gesichtsbildern – sogenannte biometrische Pässe – bei der Einreise zu akzeptieren, führen zu einer entsprechenden EU-Verordnung, die im August 2006 in Kraft tritt. Ab diesem Zeitpunkt dürfen in den EU-Staaten nur noch biometrische Pässe ausgestellt und ab 2009 müssen zudem die Fingerabdrücke auf den Reisedokumenten gespeichert werden. Die Schweiz ist als Schengen-Staat verpflichtet, entsprechende Verordnungen zu übernehmen. Ab März 2006 werden die ersten biometrischen Schweizer Pässe als Pilotprojekt ausgegeben, um die Kosten für deren flächendeckende Einführung zu evaluieren. Der hohe Preis der neuen Pässe wird massiv kritisiert.

Im Juni 2007 legt der Bundesrat dem Parlament einen Entwurf für eine Revision des Ausweisgesetzes vor. Damit soll die Liste der Angaben auf dem Ausweis erweitert und die Speicherung der Daten geregelt werden. Laut dem Bundesrat würde die Nichtübernahme der europäischen Verordnung zu grossen Differenzen mit der EU führen. Die Kündigung des Schengen-Abkommens wird als mögliche Folge genannt. Ausserdem würden Schweizer Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit verlieren, für 60 Tage visumsfrei in die USA zu reisen.

Im Ständerat ist der Entwurf des Bundesrats unumstritten, die Kantonsvertreterinnen und -vertreter stimmen ihm diskussionslos zu. Im Nationalrat hingegen entbrennt schon bei der Eintretensdebatte eine heftige Diskussion. Ein Nichteintretensantrag eines PdA-Vertreters findet bei den Grünen und der SVP Unterstützung, bleibt aber letztlich chancenlos. In der Detailberatung stösst besonders die zentrale Speicherung der Daten bei der Linken und Teilen der SVP auf Widerstand. Die Anträge dieser seltenen Allianz, auf die zentrale Speicherung zu verzichten oder zumindest die Fingerabdrücke davon auszunehmen, scheitern aber allesamt. Schliesslich ändert der Nationalrat einige Punkte der Vorlage. Der Preis der neuen Pässe müsse „familienfreundlich“ sein und der Bezug einer normalen ID ohne elektronische Datenspeicherung soll weiterhin möglich sein. Im Differenzbereinigungsverfahren setzt sich mehrheitlich die Version des Nationalrats durch, lediglich die Möglichkeit, nach wie vor auch eine normale ID zu erhalten, wird gestrichen. In der Schlussabstimmung wird die bereinigte Vorlage zwar von keiner Fraktion geschlossen unterstützt. Die grossen Mehrheiten von CVP- und FDP-Fraktion, die Hälfte der SVP-Fraktion und vereinzelt Ja-Stimmen aus der SP-Fraktion reichen aber für eine Annahme mit 94 zu 81 Stimmen bei 12 Enthaltungen. Im Ständerat ist das Ergebnis hingegen eindeutig (36 zu 2 Stimmen).

Ein Komitee aus Politikern der SP, der GPS, der SVP, der PdA, der EDU und der SD sowie diversen Akteuren aus der Zivilgesellschaft ergreift das Referendum gegen die Vorlage. Bei der Sammlung der Unterschriften setzt das Komitee vor allem auf das Internet, was eine Premiere in der Geschichte der schweizerischen direkten Demokratie in der Schweiz

darstellt. Das Referendum wird schliesslich im Oktober 2008 mit 63 733 gültigen Unterschriften eingereicht.

## GEGENSTAND

Der Bundesbeschluss ist inhaltlich stark von der EU-Verordnung geprägt. Es werden nur noch Pässe ausgegeben, die elektronische Speichermedien enthalten. Vorerst wird nur das Gesichtsprüfprofil gespeichert, später kommen Fingerabdrücke hinzu. Die Identitätskarten werden vorläufig nicht mit Speicherchips ausgerüstet. Das Gesetz bietet aber dem Bundesrat den Spielraum, dies per Verordnung einzuführen. Bei der zentralen Speicherung der biometrischen Daten geht der Bundesbeschluss über die EU-Verordnung hinaus.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Die grosse Vielfalt von politischen Akteuren im Referendumskomitee spiegelt sich in den Nein-Parolen wider. Neben den linken Parteien PdA, GPS und SP sprechen sich auch die SVP und die kleinen Rechtsausserparteien gegen die Vorlage aus. Für die Linke steht der Datenschutz im Vordergrund: Die vorgesehene zentrale Speicherung der biometrischen Daten rufe Erinnerungen an die Fichenaftäre wach. Die Rechte argumentiert hingegen mit der grundsätzlichen Ablehnung einer Übernahme von EU-Verordnungen. Sie sieht in der Diskussion um die Pässe eine Chance, das Schengen-Abkommen loszuwerden. Die Gewerkschaften und diverse NGOs lehnen die Vorlage ebenfalls ab.

Die FDP, BDP, CVP und die meisten Wirtschaftsverbände empfehlen ein Ja. Für sie stehen die Fortführung des Schengen-Abkommens und wirtschaftliche Aspekte im Zentrum. Für exportorientierte Unternehmen sei die breite Anerkennung der Schweizer Pässe und die visafreie Einreise in die USA von grosser Bedeutung, betont der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Der neue Pass sei ausserdem sicherer und resistenter gegen Missbrauch.

## ERGEBNIS

Der Bundesbeschluss wird von der Bevölkerung mit 50,1% gutgeheissen. Das Resultat ist eines der knappsten in der Schweizer Abstimmungsgeschichte: Lediglich 5500 Ja-Stimmen machen den Unterschied. Das deutlichste Ja gibt es im Kanton Luzern (57,6% Ja). Nein-Mehrheiten resultieren in der Westschweiz und im Tessin (am deutlichsten im Jura mit 56% Nein), aber auch in den meisten Deutschschweizer Kantonen. Da es sich um ein fakultatives Referendum handelt, ist das Ständemehr indessen nicht von Bedeutung. Aufgrund der Knappheit des Resultats werden diverse Abstimmungsbeschwerden eingereicht. Weil aber keine Unregelmässigkeiten festgestellt werden, werden sie allesamt abgewiesen.

Laut der Vox-Analyse waren die häufigsten Motive der Ja-Stimmenden die Reisefreiheit und die erhöhte Sicherheit der neuen Pässe. Die Nein-Stimmenden hatten in erster Linie Bedenken wegen des Datenschutzes.

## QUELLEN

Hirter, Hans (2017). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksabstimmung zum Bundesbeschluss über den biometrischen Pass, 2003-2009*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 2.8.2017.

Lloren, Anouk, und Alessandro Nai (2009). *VOX 99. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 17. Mai 2009*. Bern, Genf: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Genf.

Economiesuisse (2009). *Mehr Sicherheit und Reisefreiheit dank biometrischer Pässe*. dossierpolitik, Nummer 6 vom 9.3.2009. Zürich: economiesuisse.

Grundrechte.ch (2008). *Biometrischer Pass: So nicht!* Online: <https://grundrechte.ch/biometrischer-pass-so-nicht.html>, abgerufen am 2.8.2017.

Presse: Neue Zürcher Zeitung vom 23.3.2009.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 07.039).

Bundesblatt: BBI 2007 5159. BBI 2008 8606.